

## Gottfried Locher hat Konkurrenz

**KIRCHENBUND** Um das Präsidium des reformierten Kirchenrats gibt es am 16./17. Juni eine Kampfwahl. Der unter Beschuss stehende Berner Amtsinhaber Gottfried Locher wird von der Zürcher Pfarrerin Rita Famos herausgefordert.

Nun hat Gottfried Locher (51) Klarheit, dass er im Gegenwind gewisser Kreise der reformierten Kirche steht. Der Berner Pfarrer und amtierende Ratspräsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenverbands (SEK) wird von Pfarrerinnen und Pfarrern sowie in den Medien für sein angeblich imperiales Führungsverständnis und für Äusserungen über Frauen kritisiert, eine Gegenkandidatur bauten die Locher-Gegner aber nicht auf.

Seit gestern steht fest: Bei der Wahl durch die SEK-Abgeordnetenversammlung am 16./17. Juni tritt die Zürcher Pfarrerin Rita Famos (52) gegen Locher an. Das bestätigte sie gestern auf Anfrage dieser Zeitung. «Eine Gruppe von der Basis der Kirche hat mich dazu ermutigt», sagt Famos.

### Drei Gründe anzutreten

Famos ist ausgebildete Pfarrerin und seit 2013 Abteilungsleiterin für Spezialseelsorge der reformierten Landeskirche des Kantons Zürich. Als früheres Mitglied des SEK-Rats und als Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen hat sie auch Leitungserfahrung gesammelt.

Rita Famos bestreitet nicht, dass sie sich auch aufgrund der Vorwürfe gegen Locher für eine Kandidatur entschieden habe. Drei Faktoren hätten den Ausschlag gegeben. Punkt eins sei ihre Kritik an Lochers Amtsverständnis: «In der SRF-Rundschau» haben Kirchenleute kürzlich gefordert, dass die SEK-Leitung nicht von einer geistlichen Führungsfigur allein ausgeübt, sondern geteilt wird. Diese Auffassung teile ich.»

Punkt zwei betrifft Lochers Aussagen über Frauen. Sie finde, Locher habe eine Chance verpasst, indem er sich weder in der Rundschau noch bei anderer Gelegenheit klärend zu den Vorwür-



Rita Famos  
Gottfried Locher  
Gegenkandidatin Präsident

fen geäussert habe, so Famos. Locher wollte gestern gegenüber dieser Zeitung weiterhin nichts sagen, auch nicht zur Kampfkandidatur. Famos' dritter Punkt hat damit zu tun, dass am 16./17. Juni auch über eine neue Struktur der reformierten Kirche entschieden wird. «Mit meiner Kandidatur will ich ermöglichen, dass die Abgeordnetenversammlung auch bei der Leitung eine Alternative hat», sagt sie.

### Zitat über Prostituierte

Die Vorwürfe gegen Locher knüpfen bei einer Äusserung in einem Buch von 2014 an. Prostituierte, sagt Locher dort, würden «einen Dienst an der Gesellschaft erfüllen, denn sexuell befriedigte Männer sind friedlichere Männer». Die Meinungen gehen auseinander, ob Locher damit impliziert, dass sich Frauen zum Wohl der Gesellschaft dafür opfern müssten, Männer zu befriedigen.

Stefan von Bergen

# «Dieser Kuhhandel ist gefährlich»

**STEUERREFORM** Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt lehnt den Deal zu Firmensteuern und AHV ab. Wenn schon, will er gleich das Rentenalter für Mann und Frau erhöhen.

Ständeräte von SP bis SVP wollen die Reformen von Firmensteuern und AHV verknüpfen. Ihr Verband ist der einzige grosse Player, der diesen Kompromiss ablehnt. Sind Sie gern der Spielverderber?

Valentin Vogt: Im Gegenteil, wir finden einen solchen Kuhhandel zwar sachlich falsch, akzeptieren ihn aber unter einer Bedingung: Wenn das Parlament unbedingt eine sachfremde Verknüpfung mit der AHV will, soll es diese weiter fassen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 65 Jahre für Frauen und 66 Jahre für Männer gehört auch in das Paket. So hätten wir zum einen eine gute Steuerreform. Zum anderen hätten wir für die Lösung der grundlegenden Probleme der AHV einen ersten Schritt gemacht, mit dem wir etwa zehn Jahre Zeit gewinnen würden.

**Aber Sie wissen genau, dass der Deal dann tot ist, weil die SP aussteigt und das Referendum ergreift.**

Wir befinden uns am Anfang des parlamentarischen Prozesses. Wir wissen ja auch nicht, ob die Linke den Kuhhandel der Ständeräte am Schluss wirklich unterstützen wird. Es würde mich nicht überraschen, wenn die SP wieder einmal kippt und unter

**«Es würde mich nicht überraschen, wenn die SP wieder einmal kippt.»**

dem Druck von links aussen das Referendum unterstützt. Ein Referendum wird es mit grosser Wahrscheinlichkeit geben, wenn das Parlament zwei sachfremde und brisante Reformen verbindet.

**In Ihrer Version müsste das Volk über ein Paket abstimmen, das gleichzeitig ein höheres Rentenalter und eine umstrittene Steuerreform umfasst. Das scheint auf Anheib nicht sehr aussichtsreich.**

Das werden wir sehen. Das Volk ist mündig und hat in der Vergangenheit mit viel Sachverstand abgestimmt. Immer mehr Leute verstehen, dass es gegenüber den Jungen ungerecht ist, die unumgängliche Erhöhung des Rentenalters noch länger zu verzögern. Zudem ist es für die Stimmbürger verlockend, bei zwei so schwierigen Geschäften auf einen Schlag eine längerfristige Lösung zu haben.

**Und wenn das Parlament das Rentenalter nicht erhöht, ergreift Ihr Verband das Referendum?**

Dazu äussern wir uns, wenn der parlamentarische Prozess abgeschlossen ist.

**Übersetzt heisst das: Es ist möglich, dass Ihr Verband die heiss ersehnte Steuerreform bekämpft, die er selber als «höchste Priorität» bezeichnet. Richtig?**

Richtig ist, dass unser Verband referendumsfähig ist. Alles andere werden wir sehen, wenn es so weit ist. Ich habe Signale aus dem Nationalrat, die mich zuversichtlich stimmen, dass Verbesserungen möglich sind. Viele Nationalräte stört es, dass sie vom Ständerat wieder einmal ein fixfertiges Menü vorgesetzt bekommen und keine Wahl für eine Menüänderung haben. Es gibt viele Parla-



«Unser Verband ist referendumsfähig», sagt Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt.

Foto: Daniel Winkler

mentarier, die einsehen, dass wir die Steuerreform – so wichtig sie auch ist – nicht zulasten der AHV erkaufen dürfen.

**«Zulasten der AHV»? Diese würde ja profitieren, sie erhielte 2 Milliarden Franken im Jahr mehr.**

Das ist kein Sieg für die AHV, sondern für die Linke, die weiterhin so tut, als könne man die gewaltige Herausforderung der Demografie einfach mit immer noch höheren Einnahmen lösen. Dabei können wir das heutige Rentenniveau nur halten, wenn wir in absehbarer Zukunft das Rentenalter erhöhen. Deshalb ist dieser Kuhhandel so gefährlich. Wenn

die AHV jetzt 2 Milliarden zusätzlich erhält, werden auch die bürgerlichen Parteien wenig Antriebs verspüren, im Wahljahr ein höheres Rentenalter zu beschliessen.

**Warum wollen Sie auch das Rentenalter der Männer erhöhen und nicht nur das der Frauen?**

Damit schlagen wir zwei Fliegen auf einen Streich. Die Einsparungen für die AHV sind doppelt so gross. Und wir können uns die ganze Diskussion darüber sparen, ob es eine sogenannte soziale Kompensation braucht, wenn wir einzig das Rentenalter der Frauen erhöhen. Wenn wir beide Ren-

tenalter parallel erhöhen, braucht es keine Kompensation. Damit entfallen je nach Variante Zusatzausgaben von 400 Millionen bis 1,1 Milliarden Franken im Jahr.

**Ist es nicht ungerecht, dass Männer länger arbeiten müssen?**

Es ist vor allem ungerecht, dass wir die AHV nicht strukturell sanieren und den Jungen die ganze Last aufbürden. Eine Rentenaltererhöhung für beide Geschlechter schafft keine neuen Ungerechtigkeiten. Mit Rentenalter 65/66 können wir diese fruchtlose Debatte im Moment vermeiden. In einem weiteren Schritt ab-

2030 muss die Angleichung des Rentenalters aber wieder auf die politische Agenda kommen.

**Viele Leute sind gegen ein höheres Rentenalter, weil sie fürchten, dass es nicht genug Arbeit für Ältere gibt.**

Diese Angst ist grundlos. In den nächsten zehn Jahren werden rund eine Million Frauen und Männer pensioniert, während nur 0,6 Millionen neu in den Arbeitsmarkt nachrücken. Allein schon wegen dieser Lücke gibt es auch in Zukunft genug Arbeit.

**«Wenn der Deal so durchkommt, wird das Parlament die AHV-Reform auf die lange Bank schieben.»**

Auch die letzte Erhöhung des Frauenrentenalters führte nicht zu mehr Arbeitslosigkeit, sondern die Frauen blieben nachweislich einfach ein Jahr länger erwerbstätig. Eines stimmt: Bei den 2 Prozent der Älteren, die arbeitslos sind, dauert es deutlich länger, bis sie wieder eine neue Stelle finden. Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie schwierig das ist, da ich mehrere Personen in dieser Situation coache.

**Die Ständeräte wollen die Lohnbeiträge für die AHV um 0,3 Prozent erhöhen. Ihr Verband lehnt dies vehement ab. Warum?**

Erstens ist das ungerecht gegenüber den Erwerbstätigen. Sie sollen einmal mehr die Zeche zahlen, während die Rentner von Mehrkosten verschont werden. Zweitens werden wir die Lohnbeiträge in der 2. Säule erhöhen müssen, um das Rentenniveau der Pensionskassen halten zu können, wenn wir den Mindestumwandlungssatz senken. Das wird noch schwieriger, wenn wir die Lohnprozente jetzt schon für die AHV erhöhen. Auch sonst wird dieser Kuhhandel die Reform der 2. Säule massiv verzögern, wenn nicht verhindern.

**Wie kommen Sie darauf?**

Wenn der Deal so durchkommt, wird das Parlament die AHV-Reform auf die lange Bank schieben. Wie soll in dieser Zeit eine Reform der 2. Säule gelingen, wenn wir die entscheidenden Rahmenbedingungen für die AHV nicht kennen? Es ist dann nicht einmal klar, ob und wann zumindest das Rentenalter der Frauen steigt. Der Kuhhandel gefährdet damit auch die Sanierung der 2. Säule und die Stabilität des ganzen Systems der Altersvorsorge.

**Wenn das Parlament die höheren Lohnprozente streicht und nur den Bundesbeitrag an die AHV erhöht, könnten Sie damit leben?**

Ja, das wäre eine Option. Das lässt sich rechtfertigen, da der Bund mittelfristig von der Steuerreform profitieren wird. Allerdings müsste das Parlament das ganze Paket noch abspecken. Es müssen ja nicht gleich 2 Milliarden Franken für die AHV sein.

**Finden Sie, die Linke habe die Bürgerlichen über den Tisch gezogen?**

Ich habe einfach zur Kenntnis genommen, was SP-Präsident Christian Levrat in Ihrer Zeitung gesagt hat: Der Vorschlag sei ein Erfolg für die SP. Ein höheres Rentenalter sei vom Tisch. Und die Bürgerlichen hätten einen hohen Preis bezahlt. Herr Levrat scheint sehr zufrieden zu sein. Wir sind es nicht.

Interview: Fabian Schäfer

### STEUER-DEAL IST EIN «GRENZFALL»

Die Wirtschaftskommission des Ständerats will verknüpfen, was nicht zusammengehört: Unternehmenssteuern und AHV. Das wirft die Frage auf, ob dieser **Cocktail die rechtlichen Vorgaben zur Einheit der Materie erfüllt.** Dazu hat die Kommission gestern eine Stellungnahme des Bundesamts für Justiz (BJ) veröffentlicht. Sie fällt sehr durchgezogen aus: Die Verknüpfung sei «sicher ein Grenzfall», schreibt das Amt. Trotzdem pfeift es die Ständeräte nicht zurück, da sich

die Frage «nicht so eindeutig beurteilen» lasse. Fest steht, dass eine Volksinitiative, die diese Themen verbindet, nicht zur Abstimmung käme, da sie die Einheit der Materie verletzt. Allerdings ist laut dem BJ auch klar, dass das Parlament bei Gesetzesänderungen mehr Spielraum hat, um tragfähige Lösungen auszuhandeln.

**Dennoch bleiben Zweifel an der Rechtmässigkeit.** Das BJ verweist auf einen sehr ähnlichen Fall, in dem das Bundesge-

richt 2011 eine Abstimmung im Kanton Neuenburg stoppte. Dort plante das Parlament dasselbe, was nun die Ständeräte planen: **die Kombination einer Firmensteuerreform mit einem sozialen Ausgleich.** Dies verhinderte das Bundesgericht mit Verweis auf die Einheit der Materie. Somit bleibt die Frage offen. Allerdings wäre sehr erstaunlich gewesen, wenn das BJ den Ständeräten die Rote Karte gezeigt hätte. Sonst hätte es zuvor auch den Bundesrat stoppen müssen. *fab*